

SERBIEN

Böses vom Westen

Nicht nur Freunde, auch Feinde sollen Slobodan Milošević bei seiner Wiederwahl zum jugoslawischen Staatspräsidenten helfen. Nach verlorenen Kriegen, sozialer Armut, ausufernder Kriminalität und internationaler Isolation startete der Staatschef seine Wahlkampagne nun mit der Parole: „Alles Böse kommt vom Westen.“ Anfang vergangener Woche gab die Belgrader Polizei die Verhaftung von vier Holländern bekannt. Die „für westliche Geheimdienste arbeitenden Wochenendkrieger“, ließ Informationsminister Goran Matic mitteilen, hätten Milošević „entführen, den Kopf abschneiden und diesen in einem Karton an Bill Clinton senden wollen“. Motiv seien die fünf Millionen Dollar Kopfgeld, die Washington für die Ergreifung von Milošević ausgesetzt hat. Wenige Tage später wurde im Fernsehen ein neues Spionage-Kom-



Von jugoslawischer Armee konfiszierte „Waffen“, Gefangene

plott präsentiert: Zwei für die OSZE im Kosovo arbeitende Briten und zwei Kanadier hätten montenegrinische Spezialeinheiten zu Terrorakten ausgebildet. Die jugoslawische Militärpolizei will bei den an der Grenze zu Kosovo festgenommenen Ausländern Sprengstoff und Militärausrüstung gefunden haben. Die OSZE im Kosovo reagierte nicht minder konfus: Die beiden Briten – Ausbilder der Kosovo-Schutzpolizei – seien im Wochenendurlaub in Montenegro gewesen, hieß es.



Schweizer Großbank UBS in Zürich, KZ-Häftlinge bei der Zwangsarbeit im Sommer 1944

ZWANGSARBEITER

Unterschlagene Konten

Die Schweizer UBS, eine der größten Banken der Welt, war Eigentümerin einer Fabrik, in der die SS Sklavenarbeiter aus Konzentrationslagern hielt. Erst jetzt stellt sich das Finanzinstitut diesem düsteren Geschichtskapitel. Andere schweizerische Unternehmen wie Roche, Novartis, ABB, Nestlé, Georg Fischer und Algroup räumten diese Form der Zusammenarbeit mit der NS-Diktatur bereits ein. Einige Firmen zahlen als Entschädigung in den deutschen Zwangsarbeiter-Fonds ein. Insgesamt wurden mehrere tausend Zwangsarbeiter bei deutschen Töchtern eidgenössischer Konzerne eingesetzt. Der UBS-Vorgänger

Schweizerischer Bankverein (SBV) kontrollierte in den dreißiger Jahren über seine Beteiligungsfirma Continentale Gesellschaft für Bank- und Industriewerte, Basel, die Gollerschauer Portland Zementfabrik in Polen. Nach Kriegsbeginn übernahm die SS den Betrieb. Juristischer Eigentümer blieben jedoch die Schweizer Banker. In dem Werk, das im Einzugsbereich des Vernichtungslagers Auschwitz lag, hielt die SS nach vorsichtigen Schätzungen 400 Sklavenarbeiter. Die Schweizer Manager verhandelten mit SS-Offizieren über einen Verkauf der Produktionsstätte. Der Deal kam nicht zu Stande, weil die Eidgenossen

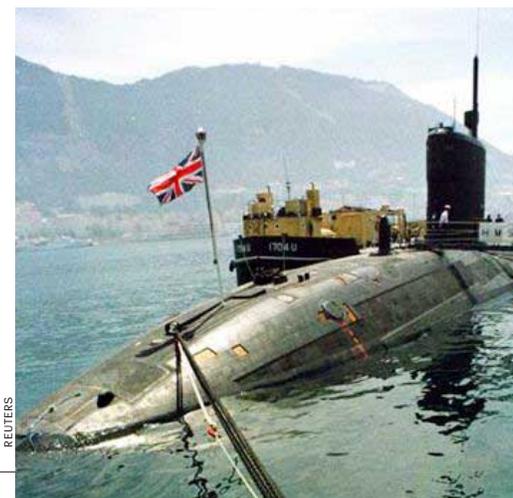
GIBRALTAR

Angst vor Atom-U-Boot

In Gibraltar sorgt ein havariertes britisches Atom-U-Boot für Protestdemonstrationen der Bevölkerung und scharfe Kritik von Umweltschutzorganisationen. Die restriktive Informationspolitik der Briten sei „absolut unakzeptabel“, kritisiert ein Sprecher von Greenpeace.

Seit fast drei Monaten liegt im Hafen der britischen Exklave die „HMS Tireless“, die wegen eines Schadens im Kühlwassersystem des Reaktors nicht mehr seetüchtig ist – so zumindest lautet die offizielle Erklärung der Royal Navy für den unfreiwilligen Stopp der „Tireless“ in Gibraltar. Der Halt an der Meerenge zwischen Afrika und Europa ist seltsam, denn der Hafen von Gibraltar ist für Reparaturen von atomgetriebenen U-Booten nicht zugelassen. Die Regierung in Gibraltar und Aktivisten der Umweltorganisation Greenpeace fordern deshalb, das Boot in einen

ausreichend gerüsteten englischen Marinahafen schleppen zu lassen. Das haben die Briten bisher nicht veranlasst – was zu Spekulationen von Experten darüber führte, ob der Schaden größer sei als zu gegeben. Die Regierung in Gibraltar hat nun Fachleute kommen lassen, die prüfen sollen, ob eine Reparatur im Hafen ge-





auf Bezahlung in Schweizer Franken beharrten. Forderungen nach Kompensation von Überlebenden und deren Nachkommen sieht die UBS heute gelassen. „Durch den Vergleich von 1998 sind alle Ansprüche abgedeckt“, erklärt ein Sprecher. Damals verpflichteten sich die UBS und die andere schweizerische Großbank, Credit Suisse, 1,25 Milliarden Dollar wegen der de facto unterschlagenen Konten von Holocaust-Opfern zu zahlen. Inzwischen ist die erste Forderung eines ehemaligen Zwangsarbeiters gegen die UBS beim zuständigen New Yorker Richter Edward Korman eingegangen – das bestätigt die Bank. Noch haben schweizerische Unternehmen drei Wochen Zeit, um Richter Korman vollständig über Sklavenarbeiter in ihren deutschen Dependancen zu informieren. Anderenfalls müssen die Eidgenossen mit neuen Sammelklagen rechnen.

fahrlos möglich sei. Der Atomingenieur John Large, neben anderen Fachleuten als Experte nach Gibraltar bestellt, erklärte dem SPIEGEL nach Begutachtung des U-Boots in der vergangenen Woche, die Angelegenheit sei „sehr sensibel“. Die britischen Behörden haben inzwischen eine Nachrichtensperre über die mysteriöse Havarie verhängt. Carlos Bravo, Mitarbeiter von Greenpeace in Spanien, fordert nun die britische Regierung auf, Klarheit über den gesundheitlichen Zustand der Bootsmannschaft und mögliche Gefahren für die Bevölkerung von Gibraltar zu schaffen. Im Juli haben 2000 Menschen in Gibraltar gegen das U-Boot in ihrem Hafen demonstriert, weitere Protestmärsche sind angekündigt.

Beschädigtes Atom-U-Boot
„HMS Tireless“



RUSSLAND

Grabenkrieg der Generäle

Ein schwerer Konflikt zwischen dem russischen Verteidigungsminister und seinem Generalstabschef blockiert die Militärreform. Die Säuberungen im Staatsapparat hat Russlands Präsident Wladimir Putin jetzt auf die Armee ausgedehnt. Sechs Generäle des Verteidigungsministeriums müssen ihren Abschied nehmen. Die Entlassenen gelten



Sergejew, Putin, Kwaschnin

als enge Verbündete des Ministers Igor Sergejew, 62. Mit dem Rauswurf ergreift Putin die Partei seines Generalstabschefs Anatolij Kwaschnin, 53. Der Armeegeneral führt bereits seit Monaten Kleinkrieg gegen seinen Vorgesetzten: Von Putin hatte Kwaschnin im Frühjahr ge-

fordert, 16 Divisionen der strategischen Raketentruppen bis 2003 aufzulösen und rund 100 000 Spezialisten dieser Einheiten zu pensionieren. Sergejew hatte bis zu seiner Minister-Ernennung im Mai 1997 fünf Jahre lang die Raketenverbände kommandiert. Sie sind bis heute seine Lieblingstruppe und partizipieren mit 13,8 Prozent am Verteidigungsetat. Nach der Reduzierung der einsatzbereiten landgestützten Interkontinentalraketen auf 150 (gegenwärtig 756) möchte Kwaschnin die eingesparten Mittel lieber in konventionelles Schießzeug stecken. Diese Reformidee behagt auch dem Präsidenten. Denn eine mit Panzern und Artillerie aufgerüstete Armee taugt zur inneren Eingreiftruppe, wie Putin sie sich wünscht. Ob der Kreml dem Haudegen Kwaschnin, der mit seinem Amtschef nur noch schriftlich verkehrt, seinen Wunsch erfüllen kann, Minister zu werden, scheint zweifelhaft. Weder die Mehrheit der Moskauer Generalität noch die meisten Militärpolitiker der Duma mögen sich mit einer reduzierten atomaren Abschreckung abfinden – und schon gar nicht mit der Insubordination des Generalstabschefs.

KRIEGSVERBRECHEN

Kroaten gegen Sarajevo

Auch kroatische Truppen waren im Herbst 1993 bei der militärischen Belagerung von Sarajevo beteiligt. Dies belegen neue Dokumente aus den Archiven des Ex-Geheimdienstes SIS der bosnischen Kroaten. Zwischen April 1992 und September 1995 lag die bosnische Hauptstadt im Würgegriff der Serben, die von den Bergketten aus in annähernd 300 Geschützstellungen fast jeden Winkel der damals 360 000 Einwohner zählenden Metropole ins Visier nahmen. Etwa 10 000 Bürger Sarajevos kamen durch Granatenbeschuss und durch Kugeln von Heckenschützen ums Leben – einige hundert davon wohl durch kroatische Hand. Eine Einheit der bosnisch-kroatischen Brigade „B. J. Jelačić“ unter dem Kommando von Ivica Rajić verbündete sich kurzzeitig mit den Serben. „Wir mussten den Moslems zeigen, wir Kroaten wissen uns zu wehren“, rechtfertigte Rajić in jenen Tagen vor seinen Kampfgefährten die Militäraktion. Das Uno-Tribunal zur Ahndung von Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien beschuldigt Rajić außerdem, für die Planung und Durchführung eines Massakers an mindestens 16 muslimischen Zivilisten im zentralbosnischen

Dorf Stupni Do am 23. Oktober 1993 verantwortlich zu sein. Bislang ignorieren die Behörden in Kroatien, wohin Rajić nach Ende des Bosnienkriegs flüchtete, das Auslieferungsbegehren des Haager Tribunals.



Sarajevo im Krieg (1993)